

Wir melden uns als Gesellschaftswissenschaftler zu Wort, um mit Nachdruck zu betonen, endlich ernst genommen zu werden. In der gegenwärtigen historisch bedeutsamen Umbruchsituation fehlt es uns keineswegs an Ideen und Lösungsvorschlägen für weitere Forschungsprojekte. Aber wie war es bisher?

Unsere Forschungsgruppe zur Thematik der politischen Führung hat Studien und Dissertationen vorgelegt und in regelmäßigen Zeitabständen auf Anforderung der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED Befragungen und wissenschaftliche Analysen in verschiedenen wichtigen Kombinate und Betrieben des Bezirkes Dresden angefertigt. In all diesen Forschungsberichten wurde das unverfälschte und reale Bild im betreffenden Zeitraum dargestellt.

Noch im April 1989 wurde eine solche umfangreiche Forschungsarbeit abgeschlossen, in welcher erneut alarmierende und zum Teil katastrophale ökonomische und politische Zustände, Schönfärberei und Leitungsmängel aufgedeckt wurden. Wir erfahren, die Parteiführung im ZK hatte an dieser Schilderung der kritischen Situation in unserem Lande kein Interesse. Dieses wertvolle Material verschwand in einem Panzerschrank der Akademie.

Diese Tatsache empfinden wir als gewissen Höhepunkt einer sich über Jahre schon hinziehenden Entwicklung, die unsere Arbeiten zunehmend ignorierte bzw. vorhandene Versuche, die erkannten Theorieerkenntnisse zur Rolle einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei unter den neuen Produktivkraftbedingungen abzubauen, nicht tatsächlich erwünschte.

Überall dort, wo es wie z. B. im VEB Polygraph Druckmaschinenwerk Planeta Radebeul und im VEB Mährescherwerk Bischofswerda/Singwitz Ansätze gab, über die pragmatischen Auffassungen der Parteiführung durch wissenschaftliche Analysen hinauszuweisen, wurden sie von übergeordneten Leitungen der Partei nicht akzeptiert. Nur in der Person von Genossen Dr. Hans Modrow hatte man den Eindruck, einen wirklichen Interessen unserer Arbeit zu haben.

Für die zukünftigen Forschungsleistungen ist es deshalb unbedingt erforderlich, diese Arbeiten in geeigneter Form zu veröffentlichen und nicht weiterhin Geheimnisträumerei zuzulassen. Aus unserer Sicht ist es weiterhin erforderlich, das noch bestehende große Forschungsdefizit auf solchen Gebieten wie politische Motivationen staatlicher Leiter, echte sozialistische Demokratie, Rolle von KDT, CDU, LDPD usw. sowie neu entstehende Organisationen und politischer Charakter ökonomischer Entscheidungen zielstrebig auszuarbeiten. Vor allem sind diese Prozesse nicht nur aus der Sicht der bisherigen alleinigen

Gesellschaftswissenschaftler sagen, was sie bedrückt und was sie wollen

Führungsrolle der SED, sondern aus der Betrachtungsweise der gesamten sozialistischen Gesellschaftsordnung zu untersuchen.

Wir müssen heute feststellen, daß es den Sozialismus insgesamt wenig vorangebracht hat, einseitige Politikanalysen anzufertigen. Unser Problem bestand darin, aufgrund der gesellschaftlichen Unwirksamkeit unserer Arbeitsergebnisse immer mehr die Forschungsziele für einzelne Bereiche und konkrete Gebiete festzulegen, auf denen wir akzeptiert wurden. Urteile zur Gesamtlage erlaubten wir uns selbst immer weniger, was zu einem weiteren Absinken unseres sozialen Ansehens führte. Es war wie ein Teufelskreis.

Bei all dieser kritischen Sicht darf aber nicht in Vergessenheit geraten, wie eng Ökonomie und Politik verflochten sind. Bekanntlich achtet jeder ernst zu nehmende Konzern der westlichen Welt gewissenhaft und streng darauf, daß seine führenden Manager und Leiter politisch so ausgebildet sind, in ihren Entscheidungen täglich ein klares Bekenntnis zur kapitalistischen Marktwirtschaft und zum kapitalistischen System abzugeben. Für die weitere Sozialismusentwicklung in der DDR sind deshalb solche Konzeptionen zu erarbeiten, in denen die Aufgaben der staatlichen Leiter den entsprechenden Rang erhalten sowie ihre Rechte und Pflichten durch neue gesetzliche Regelungen eindeutig und kontrollierbar fixiert werden. Dazu gehört u. E. auch eine Konzeption, die das jeweils spezifische Betätigungsfeld aller Parteien und Organisationen für die Gesellschaft als Ganzes und ihre einzelnen Glieder (wie Betriebe und Einrichtungen usw.) enthält.

Unsere bisherigen Forschungsergebnisse verdeutlichen:

1. Wir benötigen staatliche Leiter mit hohem, anwendungsbereitem Wissen sowie fachlichen Fähigkeiten, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit. Es ist eine Tatsache: Viele Parteiose oder Mitglieder anderer Parteien sind zum Teil kompetentere Leiter als mancher Genosse. Die notwendige Trennung von Partei und Staat in den Betrieben hat zur Folge, daß dem staatlichen Leiter nicht mehr willkürlich und ohne Sachkompetenz hineingeregelt werden kann und er persönlich für alle seine Entscheidungen verantwortlich ist. Wir benötigen staatliche Leiter, die in ihrer Person echte fachliche Leistung, charakterliche Eignung,

pädagogisch-psychologische Führungseigenschaften mit der Bereitschaft in sich vereinen, unserem Sozialismus in der DDR zu nutzen.

2. Bereits Lenin sprach die Forderung aus, auf dem vom Kapitalismus hinterlassenen Gerüst den Sozialismus zu errichten und seine wertvollen Errungenschaften für die Menschheitsentwicklung zu bewahren. Es ist ein Erfordernis unserer Zeit, bewährte Elemente kapitalistischer Leitungspraxis kritisch zu prüfen und dem Sozialismus gemäß aufzuarbeiten. Das heißt, mit sozialistischen Produktionsverhältnissen sozialistische Marktwirtschaft zu gestalten. Dabei ist der staatliche Leiter die wichtigste Person. Aus diesem Grund muß er zukünftig einen bedeutend breiteren Handlungsspielraum erhalten und über größere Befugnisse verfügen, um straffer und konsequenter führen zu können.

Er muß zugleich befähigt werden, richtige Ideen und Entscheidungen methodisch wirkungsvoll umzusetzen zu können. Dazu bedarf es auch eines praktischen Leitertrainings. Die Autorität des Leiters muß u. E. durch Anhebung seines Gehalts gegenüber den Mitarbeitern sichtbar gemacht werden. Vor allem muß die Attraktivität von Leitungsfunktionen insgesamt erhöht werden. Das beginnt bereits in der Ausbildung an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen. Für die Absolventen muß es ein erstrebenswertes Ziel werden, als Leitungskader berufen zu werden.

Wir benötigen ein sozialistisches Management, um den Anforderungen unserer Zeit zu entsprechen. Dazu ist ein großer Lernprozeß erforderlich. Ebenso notwendig sind Leitungsmethoden für den weiteren Ausbau internationaler Arbeitsteilung (wie z. B. für solche Projekte des Joint Ventures).

3. In der sozialistischen Leitungstätigkeit muß die Konzentration auf die strategisch-konzeptionelle Arbeit in den Mittelpunkt rücken. Ohne kreatives Vorausdenken für neue kühne Projekte in der Erzeugnisentwicklung, der Betriebsgestaltung oder sozialen Bedürfnisbefriedigung wird der Abstand der DDR zur Weltspitze noch größer. Das gilt auch für neue Formen und Methoden in der Leitung der Volkswirtschaft, der Kombinate und Betriebe. Die strategisch-konzeptionelle Arbeit ist für jeden Leiter, besonders der oberen Leitungsebenen, der Schlüssel für die Zukunft.

4. Es sind Festlegungen zu treffen, die Eigenverantwortlichkeit der Wirtschafts-

einheiten politisch und juristisch tatsächlich zu formieren. Die Leistungsfähigkeit muß besonders in einer hohen Export- und Devisenrentabilität, einem hohen Innovationsgrad der Produkte und einer sehr guten Qualität zum Ausdruck kommen. Uneffektive Kombinate sind aufzulösen und mittelgroße Betriebe mit eigenem Produktionsprofil zu bilden. Umgehend ist die überspitzte Zentralisierung zu beenden und zu einer Minimierung in der Arbeit vom zuständigen Ministerium - Kombinat - Betrieb überzugehen. Dazu gehören die drastische Einschränkung der vielen Berichterstattungen sowie die Reduzierung der Kennziffern und der gesamten Bürokratie.

5. Das große Bildungspotential unserer Republik in Form der gut ausgebildeten Facharbeiter und der Schöpferkraft der technischen, medizinischen und künstlerischen Intelligenz ist bedeutend effektiver einzusetzen und zu nutzen. Junge, leistungsfähige und -bereite Kader mit hohem Verantwortungsbewußtsein und charakterlicher Eignung sind rechtzeitig in Leitungsfunktionen einzusetzen. „Älteren“, den Anforderungen nicht mehr genügende, „Kader“ sind entsprechend ihrem Leistungsvermögen akzeptable Lösungen anzubieten. Für die höchsten Leitungsebenen der Gesellschaft wie des Staates und die Wirtschaftseinheiten ist das „Rotationsprinzip“ grundsätzlich zu überdenken. Im Moment fehlen für seine Bejahung bzw. Verneinung jegliche Vorarbeiten.

6. Die Gewerkschaften müssen in den Betrieben bedeutend stärker als in der Vergangenheit ein wirklicher Interessenvertreter und Kontrollorgan der Werktätigen sein. Das heißt, die Gewerkschaften müssen u. a. darauf achten, daß staatliche Leiter nicht ihre Kompetenz überschreiten und regelmäßig reale Rechenschaft über ihre Tätigkeit, ohne verdeckte Zahlenspielerlei, vor ihren Kollektiven ablegen. Es sollte überlegt werden, ein gewerkschaftliches Vetorecht bei Grundsatzentscheidungen in den Betrieben einzuführen.

Für unsere weitere Arbeit in der oben genannten Forschungsgruppe liegt das Schwergewicht auf der Untersuchung der Unterschiedlichkeit der einzelnen Elemente des politischen Systems auf Betriebsebene, die über Erkenntnisse zur staatlichen Leitungstätigkeit hinausgehen und stärker die differenzierten Interessen der Werktätigen betreffen, sozialistische Demokratie an ihrem Arbeitsplatz selbst zu gestalten. Wir betrachten uns nicht mehr als Institution der Parteiführung, sondern sind dem ganzen Volk der DDR generell verpflichtet, neue weitreichende gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnisse anzubieten.

Dr. jur. Vera Scherz/
Dipl.-Ges.-Wiss. Eberhard Stanzl

Was unsere Gewerkschafter jetzt energisch fordern

(Fortsetzung von Seite 1)

Wesentlich ist die Schaffung der wissenschaftsorganisatorischen und der materiell-technischen Voraussetzungen. Wir sind offen für eine aktive Mitgliedschaft der Studenten in der Gewerkschaft.

3. Die Mehrheit der Vorschläge und Hinweise richtet sich auf den Gesamtbereich Arbeits-, Studien-, Lebens- und Umweltbedingungen (ASLUB) sowie auf Fragen der Durchsetzung des Leistungsprinzips. Alle Positionen sind und werden einer gründlichen Analyse unterzogen. Maßnahmen sind eingeleitet. Die Vorschläge beziehen sich auf den Ferriedienst, auf die Gewährung von Kuren, die Gestaltung eines neuen Rentenrechts, auf die Verbesserung der Versorgung an der TU, auf den Bereich Kader, Arbeit und Löhne, auf die materiell-technische Ausstattung, Werterhaltung, auf den Bereich Finanzen sowie auf Verwaltungsstrukturen.

Bis heute liegt immer noch kein Vorschlag des Rektors über die Reihenfolge der am dringlichsten zu realisierenden Projekte zur Verbesserung der ASLUB vor. Wir fordern vom Rektor schnelles Handeln. Beispielsweise erwarten wir, daß die Rekonstruktion der Mensa Mommsenstraße noch vor 1992 in den Volkswirtschaftsplan eingeordnet wird.

Die gebildeten Arbeitsgruppen des KV werden ihre Ergebnisse der Universitätsöffentlichkeit gesondert zur Diskussion stellen. Wichtige Entscheidungen des Ministeriums zum Plan 1990 stehen noch aus. Das hat auch Einfluß auf die Bereitstellung des Entwurfs für den BKV 1990, insbesondere zu den Problemkreisen Verbesserung der materiellen Arbeitsbedingungen, der gewerkschaftlichen Interessenvertretung in der Stimulierungspolitik und des Finanzplanes (Verwendung des Prämienfonds und des Kultur- und Sozialfonds).

4. Der auf der Vertrauensleutevollversammlung formulierte Standpunkt der bisherigen Wettbewerbskommission des

KV zum Themenkreis Wettbewerb sowie der entsprechende Punkt im Positionspapier haben Bestätigung in den Hinweisen und Vorschlägen der Gewerkschaftskollektive gefunden. Damit ist diese Positionierung Grundlage für die zukünftige Arbeit. Zur Diskussion steht noch die Frage, ob die Gewerkschaft die Diskussion bereits bei der Planarbeit oder erst auf der Grundlage eines fertigen ausbalancierten Planentwurfs führt.

5. Wir vertreten den Standpunkt, daß alle Vollmachten über Gewerkschaftskader und Finanzen in die Verantwortung der IG und Gewerkschaften übergehen. Die Offenlegung der Finanzarbeit des Kreisvorstandes einschließlich der Arbeit mit den Solidaritätsgeldern erfolgte im Informationsblatt 3/89 des KV. Eine exakte und detaillierte Abrechnung wird auf einer Vertrauensleutevollversammlung mit Abschluß des Finanzjahres per 31. 12. 1989 vorgenommen. Zukünftig werden der Finanzplan und die Rechenschaftslegungen darüber in Vertrauensleutevollversammlungen beraten.

Wir sind der Meinung, daß internationale und nationale Solidarität weiterhin unumgänglich ist. Wir schlagen vor, die Solidaritätsspenden ab sofort an der Universität anzusammeln. Über die Verwendung entscheidet die Vertrauensleutevollversammlung.

6. Gewerkschaftswahlen in den Gewerkschaftsgruppen, Abteilungs- und Betriebsgewerkschaftsorganisationen sowie in der Universitätsgewerkschaftsorganisation der TU Dresden beginnen sofort nach dem außerordentlichen FDGB-Kongreß auf der Basis der neuen Wahlordnung. Es ist notwendig, umgehend mit der Vorbereitung der Wahl der Delegierten zum außerordentlichen Kongreß und zur zentralen Delegiertenkonferenz des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Wissenschaft am 27. 1. 1990 zu beginnen.

Kreisvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft
(Stand vom 7. 12.)

Spürbare Verbesserungen in Sicht?

(Fortsetzung von Seite 1)

Diesen Maßnahmenplan werden wir dem Rektor übergeben. Mit aller Konsequenz werden wir dafür eintreten, damit die Sorgen gehört und Probleme der Mensa-Kollektive endlich gelöst werden!

Die Arbeitsbedingungen unserer Kolleginnen und Kollegen aus den Mensen müssen schnellstens verbessert werden. Das liegt schließlich auch im Interesse aller TU-Angehörigen.

In Briefen vieler Gewerkschaftskollektive an den Kreisvorstand wird eine Stellungnahme zur Verwendung des im Offenen Brief angesprochenen Verbrauchs von 100 kg Edelfleisch verlangt. Wir haben dazu eine detaillierte Aufstellung vom Direktor für Wirtschafts- und Sozialeinrichtungen gefordert, die uns am 12. 12. 89 vorliegen soll und die wir veröffentlichen werden.

(Stand vom 8. November 1989)

Forschungsstudenten und Assistenten der Sektion 15:

Unsere Vorschläge zur Doktorandenweiterbildung

Im Zuge der Suche nach effektiven Wegen zur Neugestaltung der Gesellschaft halten wir es für sinnvoll, auch die gesellschaftswissenschaftliche Weiterbildung für Doktoranden neu zu überdenken. Die bisherige Form dieser Ausbildung halten wir für ineffektiv und nicht den Erfordernissen entsprechend, die an die Profilierung von Ingenieuren gestellt werden. Es besteht ein großes Bildungsdefizit für Technikwissenschaftler zu folgenden Problemkreisen (unvollständige Aufzählung):

- Fragen der Menschenführung
- Motivierung von Kollektiven mit Tätigkeitsfeld in Forschung und Entwicklung
- Maßstäbe zur Bildung und Stimulierung effektiv arbeitender Forscherkollektive
- Ethik des Technikwissenschaftlers heute (Ökologie)
- Kenntnisse zum Management in der sozialistischen und der kapitalistischen Wirtschaft
- Rückbesinnung auf Traditionen der deutschen Technikwissenschaften
- Rechtsfragen (Arbeits-, Wirtschafts-, Patentrecht)

Es sollte zu diesen und anderen Problemkreisen ein für die gesellschaftswissenschaftliche Weiterbildung des Technikwissenschaftlers relevanter Vorlesungskatalog erarbeitet werden. In den Vorlesungen sind kontroverse Auffassungen zu einem Thema darzustellen, Alternativen aufzuzeigen und anschließende Diskussionen zu ermöglichen. Der Besuch der Vorlesungen und der Diskussionen ist freiwillig. Die Möglichkeit einer Zensurierung während der Diskussion entfällt. Die gesellschaftswissenschaftliche Weiterbildung ist somit keine Bedingung mehr für das Vorliegen einer Dissertationsschrift und hat keinerlei Einfluß auf die Prädikatsfindung. Wir schlagen vor, die gesellschaftswissenschaftliche Weiterbildung für Doktoranden in der jetzigen Form ersatzlos zu streichen.

(Es folgen die Unterschriften von 13 Assistenten und Forschungsstudenten des Wissenschaftsbereiches Verarbeitungsmaschinen der Sektion 15)

(Fortsetzung von Seite 1)

Diese Art Politik hat periodenweise funktioniert und Ergebnisse gebracht, die wiederum der gesamten Partei „bewiesen“, daß der eingeschlagene Weg richtig sei. Begründet durch äußere, internationale Bedingungen der Systemauseinandersetzung galten abweichende Meinungen und Haltungen als parteischädigend, und die meisten von uns merkten lange Zeit nicht, wie falsch die Ansätze für eine solche Politik waren. Der Grundfehler dafür liegt im konsequent beibehaltenen stalinistischen Aufbau der Partei und der adäquaten Art und Weise der Politikverwirklichung. Änderungen, z. B. 1956 nach dem XX. Parteitag der KPdSU oder unserer 3. Parteikonferenz, waren letztlich kosmetischer Natur.

Viele Mitglieder der Parteiführung sind mit der mehr oder weniger ausgeprägten Politik und Sozialismusauffassung der 20er und 30er Jahre und ihrer Verwirklichung nach dem 2. Weltkrieg groß geworden. Jede von ihrer Meinung abweichende Erscheinung wurde als parteifeindlich eingestuft. So kam es zu den Prozessen der 50er Jahre, der Unterdrückungs- und Einschränkungspolitik gegenüber der künstlerischen Intelligenz der 60er und 70er Jahre und der eklatanten Fehlbeurteilung der Bürgerbewegungen der 80er Jahre.

Dazu kommt das immer deutlicher werdende wirklich parteifeindliche und verbrecherische Wirken einiger, zum Teil jetzt aus der Partei entfernter Genossen der einstigen Führung. Sie haben die große Mitgliedscharakter einschließlich vieler Funktionäre der SED und das Volk der DDR hintergangen und betrogen, ja benutzt. Es ist beschämend und schmerzhaft, daß dazu auch der ehemalige Genosse G. Mittag gehörte. Wir begrüßen den Beschluß des Senats des Wissenschaftlichen Rates der TU, ihm die 1986 verliehene Ehrendoktorwürde abzuerkennen.

Die „tröpfchenweise“ Aufdeckung persönlicher Bereicherungen und das auch nur auf Druck der Öffentlichkeit läßt mit Bestürzung und Empörung ahnen, was uns noch an Enthüllungen bevorsteht. Wir fordern, schnellstens reinen Tisch zu machen, die politische Verantwortung voll zu klären und jegliche Vergehen gegen die Gesetze unnachlässig zu ahnden.

So wie unser Land und die ganze SED ist auch unsere Kreisparteiorganisation über die Gesellschafts- und Parteikrise erschüttert. Die Genossen in den GOs

... grundlegend verändern

sind wütend über die Trägheit der Parteiführung und das offensichtliche Bremsen von Teilen des Parteiapparates. Viele Genossen weisen darauf, daß die Partei auseinanderfällt, wenn sie nicht schnellstens ihre revolutionäre Kraft wiederfindet. Wir sind uns einig mit allen Genossen der TU, daß unsere Partei nur dann eine Chance hat, wenn sie sich konsequent der Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte und der Bestimmung ihrer Position, ihres Profils zuwendet.

Kluges Handeln ist notwendig, auch um zu beweisen, daß die ehemalige Führung und die breite SED-Basis keine identische Größe waren. In diesem Erneuerungsprozeß, der auch Reinigungs- und Säuberungsprozeß sein muß, fordern wir Recht, aber keine Rache. Die Erneuerung der Partei kann nicht nur von „oben“ erfolgen, die wesentlichsten Impulse müssen von der Basis kommen. Diese Erkenntnis ist zugleich Orientierung und Anspruch für alle Mitglieder unserer Kreisparteiorganisation. Wir brauchen Orientierungen, die wir uns selbst erarbeiten, aber auch nach oben hin offen sind.

Unsere Genossen wollen wissen, wie es mit der Gestaltung des Studiums, der Entwicklung des Wissenschaftsprofils, mit den gesellschaftlichen Organisationen an der TU weitergeht.

Grundsätzlich muß künftig, und das ist auch ein Lernprozeß, so herangegangen werden, daß sich die Genossen der TU zusammenfinden, beraten und eigenverantwortlich beschließen, wie welche Probleme sie selbst anpacken und lösen. Die Kreisleitung kann dazu Orientierungen erarbeiten und koordinierend wirken.

Wir wollen uns auch in der Umgestaltung wie eine Partei verhalten. Bei aller Demokratisierung der Prozesse gilt: es wird diskutiert und dann beschlossen, danach kommt die Verwirklichung durch alle, mindestens solange, bis eine neue Diskussion notwendig wird. Anarchie sollten wir in der Partei nicht zulassen. Zur Mitgliederbewegung informierte der Redner u. a., daß seit Januar dieses Jahres 10 Prozent der Genossen aus der Kreisparteiorganisation ausgeschieden sind; im gleichen Zeitraum wurden 63 Kandidaten aufgenommen, davon 12 im Oktober und November 1989.

Die Arbeit der Kreisleitung und ihres Sekretariats kritisch einschätzend, stellte Detlef Streitenberger fest, daß sie nicht offensiv gegen das bestehende Komman-

dosystem aufzutreten sind, obwohl sich viele Genossen und Genossen bewußt waren, daß es falsch gewesen ist.

Der Mechanismus der Disziplinierung in der Partei ließ so wenig Spielraum, daß gegen diese Art der Politik nicht real vorgegangen werden konnte. Im Gegenteil, meistens wurde dieser Arbeitstil über die GO-Leitungen bis in die Parteigruppen und zum einzelnen Genossen fortgeführt und durchgesetzt. Es herrschte oftmals der Glaube vor, die Partei müsse so sein. Aus Überzeugung, der Wahrung der Einheit und Reinheit der Partei, der Durchsetzung der Parteidisziplin und der absoluten Treue zur Partei zu dienen, wurde dieser Zustand zu lange geduldet und mitgetragen.

Ausgehend von der ungenügenden Möglichkeit, Politik im wahren Sinne des Wortes zu betreiben, wurde die Arbeit der staatlichen Leitungen mit auf den Tisch der Kreisleitung gezogen. Damit wurde die staatliche Leitung teilweise entmündigt. Bei Leitern und Parteifunktionären entwickelte sich ein Selbstverständnis ihrer Arbeit, das darin mündete, nahezu keine Entscheidung ohne die Partei zu treffen. Andererseits wurden durch das Wirken der Partei auch gute Ergebnisse erreicht.

Eigene Inkonsistenzen nahmen durch die Häufung der Aufgaben drastisch zu. Das wurde besonders deutlich bei der Realisierung der eigenen Beschlüsse. Was sich im großen abspielte, beispielsweise bei Politbürobeschlüssen, wurde auch bei uns sichtbar: Beschlüsse wurden gefaßt, und manchmal wußte man zu wenig, wie sie zu verwirklichen sind. Im gewissen Sinne ist das auch ein Ausdruck für verlorenen Kontakt zur Parteibasis; das Denken an der Basis wurde nicht real eingeschätzt. Dazu kommt, daß es im Sekretariat zu wenig echten Meinungsstreit bei der Suche nach Lösungswegen gegeben hat. Das eröffnete dem Subjektivismus Tür und Tor. Schließlich darf man die Rolle des bisherigen 1. Sekretärs nicht außer acht lassen, welcher sich in seinem Verständnis von der Verwirklichung der Parteipolitik durch ZK und BL in erheblichem Maß bestärkt und immer bestätigt sah.

Die Art und Weise der Parteipolitik an der TU wurde wesentlich von ihm geprägt. Dabei ist nicht zu übersehen, daß es Erscheinungen des sich Entfernens von der Basis, Überheblichkeit und Arroganz gegeben hat. Genosse Vogt hat dazu

vor der Kreisleitung und gegenüber dem Senat kritisch Stellung genommen (s. UZ 22/89). Es gibt aber auch Anschuldigungen über persönliche Bereicherung und Amtsmissbrauch, zu deren Klärung die KL eine unabhängige Kommission eingesetzt hat.

Die KPKK hat sich zu ihrer Verantwortung auseinandergesetzt. Bisher konnten die Kontrollkommissionen ihre Aufgaben nicht erfüllen, weil sie durch eine verfehlte Rollenverteilung von vielen Genossen als Durchpeitscher einer stalinistischen Parteipolitik angesehen und nicht akzeptiert werden. Das trifft auch auf die KPKK unserer Kreisorganisation zu, und die Genossen haben deshalb vorgeschlagen, unabhängig vom Zeitpunkt der Parteiwahlen die kadermäßigen Veränderungen vorzunehmen und eine vom Sekretariat unabhängige KPKK zu berufen oder auch zu wählen. Bei Parteiverfahren gegen Genossen, die die Parteipolitik öffentlich angegriffen hatten, kam es an unserer Kreisorganisation zu keinen Ausschlüssen.

Des weiteren informierte der Redner auf eine drastische Verringerung des hauptamtlichen Apparats sowie der bisher genutzten Räume und legte darüber Rechenschaft, was mit den Einnahmen der Kreisparteiorganisation geschieht. Dabei wies er nach, daß mit den Mitteln sparsam umgegangen wird und sich die Partei an der TU finanziell selbst trägt. Der 2. Sekretär ist selbstverständlich jederzeit bereit, Einblick in die Finanzdokumente zu gewähren.

Das von mehreren AG der Kreisleitung vorgelegte umfassende Material zu Fragen der Wissenschaft, des Parteilebens, des Parteaufbaus und der Parteiliebe - in das viele Gedanken und Standpunkte aus den GOs eingegangen sind - wird unseren Parteitagsdelegierten als Arbeitsgrundlage mitgegeben. Darüber hinaus wurden der Antragskommission des so. Parteitags zahlreiche Vorschläge und Forderungen zugestellt.

Dem Parteitags sollten wir vorschlagen, wie die Genossen der TU Dresden ihren Beitrag erbringen. Neben den bisher an den Parteitags gerichteten Konzeptionen der TU u. a. zu Fragen Energie, Bildung und Ökologie sollten die Delegierten darum kämpfen, in der Diskussion einen konkreten Beitrag zu leisten. Das könnten z. B. Vorstellungen für ein effektives Umweltaktionsprogramm der SED sein, in dem die Umweltprobleme in den Rang der Wirtschafts- und Sozialpolitik eingeordnet werden und die gesunde Umwelt als Grundrecht des Bürgers aufgefaßt wird.

Grundsätze für eine radikale Erneuerung

(Fortsetzung von Seite 1)

und sozialistischer Demokratie erfolgt nicht durch ideologische Agitation, sondern durch Gestaltung der realen Studienbedingungen in ihrer Gesamtheit.

• Generelles Einschreibprinzip für die Studenten und damit freie Bahn für individuelles Schöpferum, Kreativität und Initiative der Studenten. Entrichtung eines Teils der Studiengebühren mittels Kreditaufnahme durch den Studenten bei leistungsorientierter Rückzahlungsmöglichkeit schon während des Studiums (Erträge aus Vertragsforschung, Praktikumsarbeiten, Prämien für vorfristiges Ablegen von Leistungsnachweisen o. ä.)

• Wirkliche Selbstgestaltung des Studiums durch den aktiven Studenten; auch weitestgehende Selbstverantwortung bei Gestaltung des eigenen akademischen Lebens am Universitätsort. Schluß mit administrativer Einweisung in Wohnheimen, Gängeleien durch Universitätsorgane bei der Gestaltung studentischen Alltagslebens.

• Studenten müssen durch von ihnen frei gewählte studentische Körperschaften ihre Interessen legitim gegenüber der Universitätsleitung, als in diesem Dialog gleichberechtigte Partner, vertreten.

Prof. Dr. sc. oec. Fritz Heinrich,
Lehrstuhl Politische Ökonomie

Ehrendoktorwürde aberkannt

Unsere Universität hat Günter Mittag die Ehrendoktorwürde aberkannt. Sie war ihm am 4. Oktober 1986 verliehen worden. Wie es dazu heißt, hat der Senat des Wissenschaftlichen Rates der TU Dresden auf einer Sitzung diesen Beschluß einstimmig gefaßt. Das Gremium habe sich dabei „von den Erkenntnissen über die tatsächliche Entwicklung der DDR-Volkswirtschaft“ leiten lassen, die während der jüngsten Tagungen des SED-Zentralkomitees und der Volkskammer bekannt wurden. Die Mitteilung nannte in diesem Zusammenhang Disproportionen in der Wirtschaft, die von Mittag hervorgerufen wurden, sowie seine „Eingriffe in das Planungs- und Investitionsgeschehen zum Nachteil der sozialistischen Gesellschaft“ und weitere Verfehlungen.